Main-Netz
Alles. Hier.
Fotogalerien
Community
VIDEO
SMS aufs Handy
E-Paper
Nachrichten
PODCAST
und noch mehr...
www.main-netz.de

Main-Netz
Der Main-Echo-Onlinedienst

Jetzt doch externe Förderung auch für Heimbewohner

Bezirkstag: Sozialausschuss kippt Vorlage der Verwaltung - Aschaffenburger Elterninitiative lief Sturm

Würzburg/Aschaffenburg Schwerbehinderte in Unterfranken dürfen künftig wählen, ob sie eine externe Förderstätte besuchen oder tagsüber lieber in ihrem Heim betreut werden. Das hat der Sozialausschuss des unterfränkischen Bezirkstags jetzt beschlossen. Der Ausschuss kippte damit die Beschlussvorlage der Bezirksverwaltung und durchkreuzte die Pläne des St. Josefs-Stift Eisingen, das in Aschaffenburg ein Heim mit Förderstätte plant.



Betroffene im Publikum: Menschen aus dem Würzburger Körperbehindertenzentrum bei der Sitzung des Bezirkstags-Sozialausschusses. Christ

Monatelang rang die CSU-Fraktion im Bezirkstag mit Eltern schwer behinderter Kinder, die die bisherigen Regelungen nicht länger hinnehmen wollen (wir berichteten). Vor allem die Aschaffenburger Elterninitiative "Teilhabe für alle" lief Sturm gegen die Förderpraxis des Bezirks in Bezug auf Menschen, die so schwer behindert sind, dass sie keine Werkstatt besuchen können. Demnach hatten nur Menschen, die zu Hause leben, das Recht auf einen Platz in einer Tagesförderstätte. Bei Heimbewohnern sollte es genügen, wenn sie auf dem Gelände des Heims tagsüber Beschäftigungsangebote erhalten.

CSU-Antrag modifiziert Mehrere Behinderte, Betreuer und Eltern verfolgten am Dienstag in Würzburg die Sitzung des Sozialausschusses, um ihre Forderung nach einem zweiten Lebensbereich für behinderte Menschen zu unterstreichen. Das Einlenken der CSU erlebten sie als "verblüffend, aber gut", wie ein Vater kommentierte. Laut CSU-Fraktionschef Peter Motsch wurde in der Fraktion bis zur letzten Minute gerungen. Erst gegen 22 Uhr am Vorabend verschickte Motsch per Mail einen CSU-Antrag.

Die Grünen im Bezirkstag setzten eine Modifizierung des Antrags durch. So hatte die CSU vorgeschlagen, die Einrichtungsträger zusammen mit dem Bezirk entscheiden zu lassen, ob ein Behinderter mit Artikulationsproblemen eine externe Förderstätte besuchen "kann und will". Das hatte bei Eltern Ängste ausgelöst, da die Kriterien unklar blieben. Die Grünen ergänzten den CSU-Antrag deshalb so, dass die Behinderten selbst oder deren gesetzliche Betreuer unabhängig von den Kosten entscheiden dürfen, auf welche Weise sie tagsüber gefördert werden.

Planen wird schwerer Für die externen Tagesförderstätten in Unterfranken sollen 3,43

Millionen Euro in den Haushalt für das Jahr 2009 eingestellt werden. Insgesamt will der Bezirk im kommenden Jahr rund 25,5 Millionen Euro dafür ausgeben, dass auch schwer behinderte Menschen am Arbeitsleben teilhaben können. Knapp 74 Millionen Euro sind darüber hinaus für die Behindertenwerkstätten vorgesehen. Dort werden 2009 voraussichtlich 3460 Menschen beschäftigt - zehn Prozent mehr als vier Jahre zuvor. Der gesamte Sozialhaushalt für 2009 wird 272 Millionen Euro umfassen, 8,1 Millionen mehr als dieses Jahr.

Das St. Josefs-Stift, das in Aschaffenburg eine Einrichtung für 24 Menschen plant, steht durch die Entscheidung vor einer Herausforderung. Denn für den Träger wird es schwerer, personell und finanziell zu planen.

Laut Bezirksverwaltung war das Stift der Auffassung, dass eine Aufteilung der Pflegesätze für Wohnen und für eine externe Tagesförderung "nur zusätzliche Verwaltungsaufgaben erfordert ohne jede Qualitätsverbesserung". Dieser Ansicht hatte sich die Behörde angeschlossen. Ihren Informationen zufolge kostet es pro Bewohner des künftigen Behindertenheims in Aschaffenburg 8200 Euro monatlich mehr, wenn eine externe Förderstätte besucht wird. Pat Christ